

Günter Werner

Beitrag Ostermarsch Bremen 15.04.2017

Eine auf Frieden gerichtete Politik nach außen ist untrennbar verbunden mit der Politik im Inneren.

In Deutschland ist auch im Inneren die Politik auf alles andere als auf Frieden ausgerichtet. Dies betrifft insbesondere den Umgang mit Geflüchteten.

Aus der Willkommenskultur des Jahres 2015 ist eine Abschiebekultur geworden.

Eine Vielzahl von Gesetzen wurde in den letzten 1 1/2 Jahren erlassen, die meisten haben das Ziel, die Menschen, die 2015 nach Deutschland gekommen sind, möglichst schnell und möglichst zahlreich wieder loszuwerden.

Der Umgang mit Flüchtlingen nimmt vielfach quasi militärische Züge an. Große Massenunterkünfte, die teilweise an Internierungslager erinnern, sind bereits in Betrieb oder in Planung.

Auch in Bremen ist seit April 2016 eine Massenunterkunft auf dem ehemaligen Vulkan Gelände in Vegesack in Betrieb. Dauerhaft sollen in diesen Einrichtungen vor allem Geflüchtete mit sog. schlechter Bleibeperspektive untergebracht werden, d.h. alle außer Eritrea, Irak, Iran, Syrien und Somalia.

Flüchtlinge aus solchen Ländern sollen diese Unterkünfte möglichst gar nicht verlassen. Von der Aufnahme bis zum Abschiebungsbescheid soll alles in einem Haus und in möglichst in wenigen Tagen erledigt werden.

Im Bundestag wird Ende April das "Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht" verabschiedet. Dieses Gesetz dient nur einem Ziel: Geflüchtete in möglichst kurzer Zeit wieder aus Deutschland heraus zu bekommen. Liest man die offizielle Begründung dieses Gesetzes, entsteht der Eindruck, dass Menschen, die nach Deutschland fliehen, vor allem im Sinn haben zu täuschen, zu tricksen und ohne jeden Grund die Wohltaten unseres Sozialstaates in Anspruch zu nehmen.

Schon im sog. Asylpaket II vom März 2016 waren rigorose Verschärfungen für die Geflüchteten mit der sog. schlechten Bleibeperspektive beschlossen worden.

Die Auswahl der Länder, deren Staatsangehörige eine schlechte Bleibeperspektive haben, ist willkürlich. Dazu gehören zB alle Balkanländer, obwohl in einer Vielzahl von Berichten die katastrophale Situation der Roma in praktisch allen Ländern des Balkans geschildert wurde und wird.

Länder werden als "sichere Herkunftsstaaten" deklariert, nicht weil die Menschen in diesen Ländern sicher leben können, sondern weil der "sichere Herkunftsstaat" ein schnelles Asylverfahren ermöglicht, dessen Ergebnis schon vorher feststeht.

Länder, aus denen Menschen fliehen, werden durch die Androhung massiver wirtschaftlicher Sanktionen unter Druck gesetzt.

Die Bekämpfung von Fluchtursachen, eine Floskel, die maßgebliche Politiker in Deutschland ständig im Munde führen, scheint vor allem darin zu bestehen, wirtschaftlichen Druck auszuüben, sog. Rückführungsabkommen zu erzwingen und nicht zuletzt auch Waffen zu liefern.

Das ständige Propagieren neuer "sicherer Herkunftsländer" befördert auch fremdenfeindliche und rassistische Tendenzen, da der Eindruck erweckt wird, es kämen immer mehr Menschen nur deshalb nach Deutschland, um von den hier herrschenden Verhältnissen zu profitieren.

Menschen werden in Länder abgeschoben, die keinerlei Sicherheit bieten zB Afghanistan.

Ständig wird in allen Medien darüber berichtet, dass in Afghanistan eine Situation von Gewalt, Not und Unsicherheit besteht. Gleichwohl wird behauptet, es gebe Regionen in Afghanistan, die sicher sind. Dabei werden die Geflüchteten gegeneinander ausgespielt. Diejenigen, die sich entschlossen haben, freiwillig auszureisen, weil sie entweder ihre Situation in Deutschland nicht mehr ertragen oder weil sie dem massiven Druck durch die deutschen Ausländerbehörden nicht standhalten können, werden als Argument dafür missbraucht, dass es in Afghanistan so schlimm ja nicht sein könne, wenn viele "freiwillig" zurückkehren.

Länder, die mit dem Problem der Aufnahme von Geflüchteten hoffnungslos überfordert sind, sollen Flüchtlinge aus Deutschland zurücknehmen, die über diese Länder hierher gekommen sind. zB Griechenland. Über die furchtbare Lage in griechischen Flüchtlingscamps ist reichlich berichtet worden.

Mit der Türkei, die auf dem Weg in die Diktatur ist, wurde ein unanständiger Deal auf Kosten der geflüchteten Menschen geschlossen. Die Flüchtlinge werden behandelt wie Menschenmaterial, mit dem geschachert werden kann, das man für Deals missbrauchen kann.

Abschiebungen werden zunehmend brutal und mit menschenverachtender Gewalt durchgeführt. Der schlimmste Albtraum eines Geflüchteten, das Erscheinen der Polizei bei Nacht und Nebel mit dem Zwang zur sofortigen Ausreise wird immer häufiger Realität, wie sich erst Ende März in Bremerhaven bestätigte.

Dabei wird in Kauf genommen, dass auch kranke und schwer traumatisierte Menschen abgeschoben werden und möglicherweise die Abschiebung nicht überleben. Wenn so etwas passiert, sind das keine falsch gelaufenen Einzelfälle, es sind die Gesetze selbst, die so etwas regeln und produzieren.

Die Qualität eines Rechtsstaates zeigt sich vor allem daran, wie er mit Schwachen und Hilfsbedürftigen umgeht. Zu diesen gehören auch Geflüchtete.

Eine neue Politik, die die Schaffung von friedlichen Verhältnissen zwischen den Staaten zum Ziel hat, muss auch friedliche Mittel für die Lösung von Konflikten im Inneren fördern und damit gerade vor dem Hintergrund der derzeitigen großen Fluchtbewegungen einen friedlichen und an den Menschenrechten orientierten Umgang mit den Geflüchteten hier.